

**TOP 9: Wasserversorgungsplan für RLP - Teil 1**

- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität -

**Beschluss:**

1. Der Ministerrat nimmt den Wasserversorgungsplan 2022 Teil 1- „Bestandsaufnahme“ zur Kenntnis.
2. Der Ministerrat billigt die vorgelegte Bestandsaufnahme und Bewertung der wasserwirtschaftlichen Folgen eines voranschreitenden Klimawandels auf die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Er sieht darin ein wichtiges Instrument zur Erhaltung einer nachhaltigen Daseinsvorsorge.
3. Der Ministerrat bittet das zuständige Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität die aufgezeigte Situation der Trinkwasserversorgung im Rahmen eines zu erstellenden Wasserversorgungsplan Teil 2 - „Sensitivitätsanalyse“ in Kooperation mit den rheinland-pfälzischen Wasserversorgern weiter zu entwickeln und diese bei weiteren Umsetzungsschritten zur langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Trinkwasserversorgung zu unterstützen.

**Erläuterungen:**

Gesetzliche Grundlage für die Erstellung eines Wasserversorgungsplans ist § 53 Landeswassergesetz. Danach soll der Plan Möglichkeiten zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung aufweisen und insbesondere dem Zweck dienen, einen Ausgleich zwischen Wasserüberschuss- und Wassermangelgebieten herbeizuführen. Trinkwasser ist unser „Lebensmittel Nr.1“. Es wird in Rheinland-Pfalz zu etwa 97 Prozent aus dem Grundwasser gewonnen. Aus diesem Grund muss das nutzbare Grundwasserdargebot vor quantitativen und qualitativen Beeinträchtigungen geschützt und nachhaltig bewirtschaftet werden.

Der Wasserversorgungsplan 2022 (Teil 1 - „Bestandsaufnahme“) leistet als Baustein des im Koalitionsvertrages verankerten „Zukunftsplan Wasser“ einen Beitrag für eine nachhaltige und tragfähige Lösung zur langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Trinkwasserversorgung.

Der vorliegende Plan soll durch einen Teil 2 - „Sensitivitätsanalyse“ ergänzt werden, in dem im Rahmen eines Stresstests drei mögliche Szenarien betrachtet werden. Dabei handelt es sich um einen weiteren Rückgang der Grundwasserneubildung in Folge des Klimawandels, eine Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauchs und eine zunehmende Bevölkerungsentwicklung.